

## Liebe Leserin, lieber Leser,

**Wuppertal – weltoffen und tolerant:** ein schönes Ziel für diese Stadt. Ein Ziel, das auch vom Oberbürgermeister, Herrn Jung, immer wieder beschworen wird. Schwierig wird die Sache dann, wenn plötzlich nicht von außen, sondern aus der eigenen Partei des Oberbürgermeisters diese Werte infrage gestellt werden. Solange Angehörige pro-faschistischer Parteien gegen Mitbürger/innen ausländischer Herkunft und gegen jüdische Mitbürger/innen hetzen, ist auch der Oberbürgermeister auf der Seite derjenigen zu finden, die sich gegen solche Aktivitäten – zumindest verbal – wehren. Das erkennen wir auch an.

Nachdem aber Herr Sarrazin in seinem Buch mit vielen Worthülsen und falschen Statistiken versucht hat, Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten zu machen, ergriff Herr Stranzenbach, der Vorsitzende der Jungen Union in Wuppertal das Wort und gab kund, dass er Sarrazin „als einen der wenigen Aufrechten in einer gebückten Politikultur“ bewundere. Nun begann für Oberbürgermeister Jung das Dilemma: In einem offenen Brief forderten wir ihn auf, sich vom Vorsitzenden der Jungen Union zu distanzieren und sich dafür einzusetzen, dass solche Äußerungen in CDU und Junger Union künftig unterbleiben.

Dazu nun sah und sieht sich Herr Jung aber nicht in der Lage. In „parteiinterne“ Angelegenheiten mag er sich nicht „einmischen“, teilte er uns in einem Antwortschreiben mit.

Wir meinen: Es ist keine parteiinterne Angelegenheit, wenn Mitglieder der Partei oder einer ihrer Organisationen dazu aufrufen, Stimmung gegen Mitbürger und Mitbürgerinnen, die eingewandert sind, zu machen. Es ist eine ganz und gar öffentliche, besorgniserregende Angelegenheit. Wir meinen: Herr Oberbürgermeister Jung ist aktives Mitglied der CDU und wurde von dieser auch als Oberbürgermeister-Kandidat aufgestellt. Also kann und darf es ihm nicht gleichgültig sein, was in der Partei vor sich geht, deren Werte er ja schließlich tagtäglich vertreten will.

**Für ein weltoffenes, tolerantes Wuppertal** müssen wir alle uns täglich einsetzen – auch und gerade dann, wenn es schwierig oder unangenehm wird. Jedes Bekenntnis zu einer toleranten Stadt ist nur dann etwas wert, wenn es im Alltag umgesetzt wird. Und dazu gehört auch, dagegen vorzugehen, dass aus einer der größeren politischen Parteien in dieser Stadt Erklärungen abgegeben werden, die Brandstifter wie Sarrazin direkt oder indirekt bestärken und unterstützen.

Elisabeth August



Seit dem Jahr 2006 waren die Stadtteile Unterbarmen, die Elberfelder Nordstadt, Arrenberg sowie Oberbarmen/Wichlinghausen-Süd Programmgebiete im Rahmen des Förderprogramms „Stadtumbau West“. Für den Bereich Oberbarmen/Wichlinghausen (einschließlich Hilgershöhe) wurde ein integriertes Handlungskonzept vorbereitet, das eine Aufnahme in das Landesprogramm „Soziale Stadt“ im Laufe des Jahres 2007 ermöglichte.

Die Durchführung dieser Projekte wird zum überwiegenden Teil aus Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln gefördert. Kommunen mit Nothaushalt wie Wuppertal wird von der Bezirksregierung in Düsseldorf der Einsatz von Eigenmitteln untersagt, ohne die die Fördermittel nicht in Anspruch genommen werden können. Die sozialen Konsequenzen dieser Politik sind absehbar.

## Gegen Kahlschlag bei der Städtebauförderung

**Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben nach der Sondersitzung der Bauministerkonferenz den Bund nachdrücklich aufgefordert, seine für das Programmjahr 2011 geplante Halbierung der Städtebauförderungsmittel von ursprünglich 610 Millionen Euro auf 305 Millionen Euro zurückzunehmen. Das gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen finanzierte Städtebauförderungsprogramm ist für die Städte und Gemeinden gerade in Krisenzeiten ein unverzichtbares Instrument, damit sie in zukunftsweisende Projekte investieren können.**

„Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung löst ein Euro an Städtebaufördermitteln bis zu weitere acht Euro öffentliche und private Investitionen, insbesondere beim örtlichen und regionalen Baugewerbe und Handwerk, aus. Vor diesem Hintergrund ist es auch finanziell geradezu kontraproduktiv, wenn der Bund ein sich selbst tragendes und speziell dem Mittelstand zugute kommendes Erfolgsprogramm in einem Kahlschlag kürzt“, erläuterten Dr. Ulrich Maly, stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, sowie Werner Große, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Werder (Havel), gestern in Berlin.



Bei einer Reduzierung der Städtebaufördermittel durch den Bund müssten nachhaltige Projekte der Städte und Gemeinden, die allen Bürgern zugute kommen, zurückstehen. Neben dem Stadtumbau gehe es um eine familien- und alten-gerechte Stadterneuerung sowie um Lösungen für die wachsenden sozialen Probleme und Maßnahmen für den Klimaschutz. Diese könnten nur mit einer starken Städtebauförderung bewältigt werden.

Insbesondere der Stadtumbau in den neuen Ländern ist noch lange nicht abgeschlossen und bedarf weiterhin einer ausreichenden Förderung durch Bund und Länder. Auch in den Kommunen der alten Länder wachsen die Herausforderungen. *So ist etwa in Nordrhein-*

*Fortsetzung auf Seite 2*

**Rat stimmt für „Optionskommune“  
Ikea im Anmarsch  
Der Rote Faden Nr. 28**

**Seite 2  
Seite 3  
Seite 4**

Fortsetzung von Seite 1

Westfalen für aktuell laufende Stadterneuerungsmaßnahmen im Jahr 2010 ein Förderbedarf in Höhe von 1 Milliarde Euro ermittelt worden; in Baden-Württemberg wurden mit 820 Millionen Euro fünfmal mehr Fördergelder beantragt, als aus Bundes- und Landesmitteln bewilligt werden konnten.



So sieht das Finanzwesen auf dem Rathaus in Barmen aus.

Der kommunale Investitionsbedarf in die örtliche Infrastruktur – zum Beispiel Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Straßen und Tunnel – beträgt bis zum Jahre 2020 nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin circa 700 Milliarden Euro. In Wuppertal müssen jährlich 195,5 Mio. Euro investiert werden, damit die Infrastruktur der Stadt (Brücken, Gebäude, Versorgungsleitungen usw.) erhalten bleibt. Das ist im einzelnen hier nachzulesen: [http://www.die-linke-wuppertal.de/fileadmin/lcmkvwuppertal/pdf/Die\\_Schtzung\\_fr\\_Wuppertal.pdf](http://www.die-linke-wuppertal.de/fileadmin/lcmkvwuppertal/pdf/Die_Schtzung_fr_Wuppertal.pdf)

Man denke nur an den aktuellen Fall der Sperrung der Adlerbrücke, an die Schließung von Treppen und an die immer noch nicht begonnene Beseitigung der Frostschäden des letzten Winters an vielen Straßen, von den noch nicht beschlossenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts ganz zu schweigen: Schließung des Schauspielhauses und von Bädern usw. Geradezu aberwitzig nimmt sich dagegen die kaum zu berechnende Anstrengung zur Finanzierung des Döppersberg-Umbaus aus: Die geplanten 40 Mio. Euro Eigenanteil der Stadt werden – wie alle wissen – nicht ausreichen. Und für dieses unnötige und ungeliebte „Leuchtturm“-Projekt müssen dringend notwendige Maßnahmen zurückstehen.

„Angesichts dieses Bedarfs wäre es völlig verfehlt, wenn gleichzeitig zum Auslaufen des Konjunkturpaket II, mit dem die Kommunen insbesondere in die energetische Sanierung ihrer Schulen und Kindergärten investieren, auch noch die Städtebauförderung halbiert wird“, erklärten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände.

„Wir appellieren daher nachdrücklich an Bundesregierung und Bundestag, die Mittel für die Städtebauförderung nicht zu halbieren, sondern in vollem Umfang wie 2010 bereit zu stellen. Die Kommunen brauchen langfristig Planungssicherheit. Gleichzeitig fordern wir die Länder auf, den Anteil ihrer Städtebauförderungsmittel zumindest auf

dem in der Vergangenheit gegenüber den Kommunen gewährten Niveau beizubehalten und keine Streichungen vorzunehmen“, so Maly und Große.

„Genau darum ist aber auch klarer Protest gegen das Sparpaket der Bundesregierung nötig“, so schlussfolgert der Stadtverordnete Bernhard Sander.

## Wuppertal will alle Arbeitslosen für sich Rat stimmt für „Optionskommune“

**Zunächst einmal: Für die Betroffenen bleibt das meiste beim Alten: Geld zum Leben zu wenig – zum Sterben zu viel, Strafen durch Kürzen am Existenzminimum, schlechte Behandlung durch einzelne Mitarbeiter, kaum freie Stellen.**

Was sich ändert: In Wuppertal will man aber seit dem Ratsbeschluss vom 20. September für die verfehlte Politik mit den Stimmen der CDU/SPD und FDP/Grünen die Verantwortung übernehmen und die vollständige kommunale Trägerschaft (Optionskommune). Die Verwaltung glaubt, näher an den Arbeitgebern und an den „Problemgruppen“ der „Schwervermittelbaren“ zu sein. Wenn aber die Arbeitsplätze fehlen, hilft die Zurichtung der Arbeitssuchenden leider wenig. In anderen Städten, Bochum z. B., ist man sich bewusst, dass Arbeitsmarktpolitik Verpflichtung des Bundes ist und bleibt. Und durch die Änderung der Organisationsform in der Betreuung wird es nicht besser. Die Bundesregierung musste den Bundestag davon unterrichten: "Den Arbeitsgemeinschaften gelingt es sowohl bei den Wirkungen auf individueller als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene im Vergleich zu den zugelassenen kommunalen Trägern Vorteile bei der Überwindung von Hilfebedürftigkeit und der Integration in bedarfsdeckende Beschäftigung zu erzielen" (Drucksache 16/11488 S. 20). Wieso also weg von der ARGE, deren Tätigkeit man in der Ratssitzung vom 20. September nicht aufhören konnte zu loben?

Wie wird die Arbeitslosenbetreuung aussehen, wenn sich die Bundesebene weiter aus der Finanzierung dieser Aufgaben herauszieht,

wie sie es bei den Kosten der Unterkunft schon getan hat? Entweder leiden die finanziellen Spielräume der Stadt, oder es leiden die Arbeitssuchenden – das ist für DIE LINKE keine Alternative.

Im Rat hieß es, man wolle für jeden ein passgenaues Angebot. Der Verdacht drängt sich auf, es gehe nicht um die bessere Vermittlung in existenzsichernde Lohnarbeit. Wuppertal, finanziell ausgeblutet durch die Steuerpolitik des Bundes, wird in den nächsten Jahren ganze Aufgabengebiete streichen. Diese Aufgaben kann man in ein paar Jahren statt als „freiwillige kommunale Aufgabe“ dann als „zusätzliche Aufgabe“ nach den Buchstaben des Sozialgesetzbuches erledigen lassen – von „Hartzlern“. Die arbeiten ohne Tariflohn, ohne Personalrat, bedroht von Kürzungen des Existenz-Minimums und austauschbar in Jahresfrist. Ein Beispiel dafür gibt es schon: In der Grünflächenverwaltung wurden laut Ratsvorlage in den neunziger Jahren über 50 reguläre Arbeitsplätze abgeschafft. Arbeitslose Bauingenieure gibt es genug, also warum nicht auch die gesamte Straßenunterhaltung ganz durch „Ein-Euro-Jobber“ ersetzen???

Es ist der erklärte Wille der Ratsmehrheit, dafür 2,5 Millionen Euro zusätzlich für EDV und Software auszugeben. Dies ist wieder einmal ein Beispiel dafür, dass die Kommunalaufsicht so prinzipienfest nicht sein kann, wenn es um die Genehmigung von freiwilligen Projekten aus Städten mit Zwangshaushalt geht. Blicke Wuppertal in der ARGE, wäre diese Ausgabe nicht nötig. Mit diesem Geld hätte man den Einstieg

in einen Öffentlichen Beschäftigungssektor mit tariflich entlohnter und sozialversicherter Arbeit beginnen können. DIE LINKE im Rat gibt die Hoffnung nicht auf, hierüber mit allen ins Gespräch zu kommen, die sich nicht mit der Dauerarbeitslosigkeit abfinden wollen. Angeblich rennen wir damit beim Sozialdezernenten sogar offene Türen ein.

Bernhard Sander



In der Bezirksvertretungssitzung am 8. September 2010 wurden die langjährigen Bestrebungen für eine Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Str. von Erfolg gekrönt.

Gegen die Stimmen von CDU und FDP wurde der Name des bekannten Kriegsverbrechers aus dem Vohwinkler Straßenverzeichnis getilgt.



## IKEA im Anmarsch

Vor 200 Jahren war es ruhig dort, wo heute die A 46 und die A 1 im Autobahnkreuz Wuppertal Nord zusammentreffen. Der Landwirt Hellmann, nach dem der Flecken Erde „Hellmannsbruch“ genannt wurde, betrieb dort Ackerbau und eine Windmühle. Verwaltungsmäßig gehörte der Hellmannsbruch zu Schwelm.

In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts spätestens war es mit der Idylle vorbei. Das Autobahnkreuz wurde gebaut und mächtig viel Erde dafür umgeschichtet. In die Südwestecke des Kreuzes hinein kam Ende der siebziger Jahre die Fertighausausstellung, lange Jahre ein Anziehungspunkt auch für auswärtige Besucher. Der Vertrag steht 2013 zur Verlängerung an, und die Stadt Wuppertal beabsichtigt, ihn nicht fortzuführen, sondern die Ausstellung auf ein kleineres Gelände in der Nähe umzusiedeln.

Der Möbelkonzern IKEA hat nämlich Interesse bekundet, dort ein „Home-Center“ zu eröffnen. Auf ca. 50.000 Quadratmetern, von denen IKEA etwa die Hälfte selbst nutzen will, soll ein gigantisches Einkaufszentrum entstehen. Andere Ketten sollen dort Elektronik- und Sport-Artikel anbieten ebenso wie Tierbedarf; ein Fahrradhandel und ein Bettenmarkt sind im Gespräch wie auch ein Babyartikel- und Spielzeug-Markt.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat bereits bei der ersten Absichtserklärung des Möbelkonzerns mit großer Mehrheit, gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, eine Ergebnisadresse an IKEA verabschiedet. Ganz anders die AnwohnerInnen. Ebenso wie die Planer rechnen sie mit einem wesentlich höheren



September 2010: IKEA hat sich offenbar schon auf der Fertighausausstellung eingeschlichen.

Verkehrsaufkommen als bisher. Schließlich soll das IKEA-Home-Center sogar einen eigenen Autobahnanschluss bekommen.

Nicht nur das verständliche Anliegen der AnwohnerInnen aber ist es, das berechtigte Zweifel auslöst: Das Konzept „Home-Center“ bedroht alle umliegenden Innenstädte: Barmen, Elberfeld, Remscheid, Schwelm, Gevelsberg, Ennepetal, Sprockhövel. In Sonntagsreden wird immer wieder die Verödung der Innenstädte beklagt und betont, dass etwas dagegen unternommen werden müsse. Wenn dagegen flächendeckend riesige Einkaufszentren eröffnet werden, deren Existenz im übrigen ausschließlich durch die Privilegierung des individuellen Autoverkehrs möglich ist, dann befördert man die Ausblutung der Städte. Hellmann und seine Windmühle wird man nicht zurück bekommen können – dass ein wildgewordener Elch immer mehr Umwelt und Natur zerstört, muss verhindert werden.

### Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Tel. u. Fax: 0202 563-6677  
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de  
ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel,  
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Bernhard Sander,  
Gerd-Peter Zielezinski  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 80.000  
Redaktionsschluss: 4. 10. 2010  
Die Abgabe erfolgt kostenlos.



Als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Stadtverordneten Gunhild Böth, die Wuppertal nun im Landtag NRW vertritt, ist die 19jährige Politikstudentin Helin Argav als Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat nachgerückt. Die Redaktion wünscht ihr viel Erfolg bei der Ratsarbeit.



Den für das nächste Jahr geplanten Abriss der Adlerbrücke lehnt die Fraktion DIE LINKE entschieden ab. Aus gutem Grund hat die Adlerbrücke 142 Jahre lang bestanden und ihre Funktion erfüllt. Vor fast genau einem Jahr ist die Brücke in die Denkmalliste der Stadt eingetragen worden. Sie ist die älteste Stahlbrücke Wuppertals und eine von nur noch wenigen Gitterträgerkonstruktionen in NRW.

Ebenso wie die zahlreichen Treppen bestimmen auch die Wupperbrücken das Stadtbild Wuppertals, und ebenso wie die Treppen sind auch die Brücken in der jüngeren Vergangenheit vernachlässigt worden und werden es noch.

Diese Vernachlässigung zeigt erneut die Auswirkungen des Totsparens der Kommunen. Es geht an die Grundlagen der Infrastruktur. Es ist Pflicht, sich zu wehren, damit eine Stadt erhalten bleibt, in der man leben kann. „Heißt ‚Sparwillen‘, erst einmal die Adlerbrücke und andere Wupperbrücken verrotten zu lassen?“ meint der Stadtverordnete Bernhard Sander und fügt hinzu: „Der Altschuldenfonds des Landes muss sofort her – ohne die Auflage, dass die Städte erst ihren Sparwillen beweisen müssen!“

## Debatten-Kultur?

In der Ratssitzung vom 20. September zeigte sich der derzeitige Oberbürgermeister Peter Jung nicht nur sichtlich erfreut über die „mehr als 90prozentige Mehrheit“ für den Beschluss zur alleinigen Trägerschaft der Arbeitslosenverwaltung. In der Debatte wischte er eine Wortmeldung des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden Zielezinski weg mit den Worten: „Wem ich zuhöre und wem nicht, entscheide ich immer noch selbst“.

Derselbe Oberbürgermeister formulierte zwei Tage später als Gast bei der Veranstaltung zum neunzigjährigen Jubiläum des Deutschen Mieterbundes auf die Bitte des WZ-Chefredakteurs Maus, eine Frage des LINKEN-Stadtverordneten Sander zu beantworten, ebenso barsch: „Auf Fragen von Herrn Sander antworte ich grundsätzlich nicht“.

Es gilt das Gleiche wie bei Peter Jungs Flucht vor Gregor Gysi: Wer nicht zuhört, kann naturgemäß auch nicht antworten.

## Keine Rente erst mit 67!

Auf der Suche nach einem sinnvollen Modell gibt es alternative Ansatzpunkte:

Weder die demografische Entwicklung noch die berechtigte Frage nach der Finanzierbarkeit unseres Rentensystems führen unweigerlich zu einer Rente ab 67. Die Rente ab 67 ist, um es mit den Worten unseres stellvertretenden Vorsitzenden Ulrich Maurer zu sagen, „sozial brutal und ungerecht“.

DIE LINKE setzt sich vorbehaltlos für eine **Erwerbstätigenversicherung** ein. Unser rentenpolitischer Sprecher Matthias W. Birkwald erklärte dazu im Bundestag: „Alle Erwerbstätigen sollen unter Wahrung des Bestandsschutzes zukünftig in die solidarische Erwerbstätigenversicherung ein-

bezogen werden und auf ihr gesamtes Erwerbseinkommen Beiträge zahlen. Die hohen Rentenansprüche werden abgeflacht und die Arbeitgeber wieder paritätisch an der Finanzierung der Alterssicherung beteiligt.“ „Paritätisch“ ist das Zauberwort. Nicht „willkürlich“. Nicht das demografische Verhältnis von Alt zu Jung muss berücksichtigt werden, um eine sinnvolle Lösung für eine stabile Rente zu finden. Wichtiger ist das Verhältnis von BeitragszahlerInnen zu RentenbezieherInnen, die Entwicklung der Produktivität und der Löhne, ferner der sofortige Stopp der staatlichen Subventionierung einer sozial ungerechten, singulär privaten Altersvorsorge. Das Ziel der LINKEN ist der Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, um einen wesentlichen Schritt in Richtung einer soliden und solidarischen Finanzierung der Alterssicherung zu beschreiten.

Die Würde des Ruhestands steht und fällt mit der Freiheit von wirtschaftlichen Zwängen. Diese gilt es zu bewahren, für ein lebenswertes und finanzierbares Leben im Alter. Die Rente ab 67 befördert Armut und befeuert sozialen Abstieg. Die LINKE ist gegen den sozialen Kahlschlag bei vorprogrammierten Rentenabschlägen ab 67 Jahren!  
 Susanne Herhaus

### linksjugend [solid]

Wir sind die Wuppertaler Basisgruppe der Linksjugend [‘solid]. Unsere Gruppe ist ein

sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband und eine Plattform für antikapitalistische und selbstbestimmte Politik. Der Jugendverband strebt eine enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten politischen Jugendstrukturen auf internationaler und insbesondere auf europäischer Ebene an.

Politische Bildung, der Eintritt in eine politische und kulturelle Offensive von links und die politische Aktion stehen dabei im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Als Jugendverband steht die Linksjugend [‘solid] der Partei DIE LINKE nahe und wirkt als Interessenvertretung linker Jugendlicher in die Partei. Interessierte

im Alter von 14–35 Jahren sind eingeladen, ihre Wünsche und Ideen einzubringen. Die

Mitgliedschaft in der Partei ist dabei nicht Bedingung. [www.solid-wuppertal.de](http://www.solid-wuppertal.de)

## SPD-Debatte um Rente mit 67

### Anzeichen einer Kurskorrektur?

Die SPD-Spitze ist in einer Erklärung vom 18. August wenigstens teilweise von der von ihr selbst eingebrachten und beschlossenen Heraufsetzung des Renteneintrittsalters abgerückt. Es ist kein Zugehen auf berechtigte Kritik der Sozialverbände und Gewerkschaften, es ist das hilflose Eingeständnis, dass die im Gesetz selbst festgelegten Voraussetzungen an die Erwerbssituation Älterer von der Wirklichkeit weit entfernt sind.

Das Gesetz verlangt nämlich vorab eine »nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer«. Von den 64-Jährigen aber waren (2008) nur 21,3% überhaupt erwerbstätig, lediglich 9,9% versicherungspflichtig und nur 5,7% in Vollzeit. Bis 2015 eine Quote von 50% erreichen zu wollen, ist pure Illusion und wird die Verärgerung der unteren Schichten gegenüber der Politik und insbesondere der SPD verstärken.

Solange jede realistische Erwerbsperspektive für Ältere fehlt, bedeutet die Verschiebung des Eintrittsalters faktisch eine weitere Rentenkürzung um satte 7,3%. Damit sind Altersarmut und Sozialhilfebedürftigkeit nach einem harten Berufsleben für viele, besonders für Frauen vorprogrammiert.

Als einziges Argument muss immer der angeblich dramatische demografische Wandel erhalten. Unsere Wirtschaftsgeschichte offen-

bart aber, dass die wahren Ursachen für die leeren Sozialkassen woanders liegen:

Die Teilhabe der Löhne am realen Wirtschaftswachstum ist seit 1990 von immerhin 1,53% jährlich dramatisch gesunken. Die Lohnsumme stieg real nur um 0,1%. Der Löwenanteil der Produktivitätsgewinne floß in Gewinne und Kapitalerträge und damit an den Sozialkassen vorbei. Die Gründe für diesen Lohneinbruch liegen wesentlich in gesetzlichen Regelungen der Agendapolitik der rot-grünen Bundesregierung, der Umwandlung regulärer Arbeit in Minijobs und andere prekäre Beschäftigungsformen sowie in der Ausbreitung von Dumpinglöhnen und Leiharbeit, außerdem im immer noch fehlenden flächendeckenden Mindestlohn.

Diesen Fehlentwicklungen muss der Gesetzgeber entgegenwirken. Auch die Ausweitung der BeitragszahlerInnen auf Selbständige und Beamte oder die Anhebung der Versicherungsfreigrenze (eine alte Idee der Sozialdemokratie) würde die Sozialkassen stärken. Diese nachhaltigen Alternativen fordert aber allein DIE LINKE.

Die anderen Parteien propagieren die Rente mit 67 als alternativlos, um ihr wahres Motiv zu verschleiern. Sie wollen vor allem die jungen Leute zur privaten kapitalgedeckten Vorsorge drängen. Die Versicherungswirtschaft hat dies mit ihren Lobbyisten Riester und Rürup gesetzgeberisch vorbereitet. mf

**‘mal reinhören,  
mitreden,  
mitwirken** **DIE LINKE.**

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

einsenden an: Die LINKE, Kreisverband,  
 c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105  
 Wuppertal, [www.dielinke-wuppertal.de](http://www.dielinke-wuppertal.de)